

Nigeria am Vorabend der Wahlen

Wenn im April des Jahres die Nigerianer über die Neubesetzung ihrer Bundes- und Landesparlamente entscheiden, so dürfte das Rennen um die Präsidentschaft wohl zwischen dem derzeitigen Amtsinhaber Olusegun Obasanjo (PDP) und dessen Herausforderer General Muhammadu Buhari (ANPP) entschieden werden. Als Wahlsieger wird allgemein Obasanjo gehandelt, wenngleich dieser viel von jenem Charisma eingebüßt hat, das ihn noch 1999 zum Hoffnungsträger des von der Diktatur geknechteten Nigeria hat werden lassen. Grund zu Besorgnis gibt indes vor allem die Unterschiedlichkeit beider Kandidaten: Obasanjo gehört als Christ dem Stamm der Yoruba an und entstammt dem Süden des Landes, während der Muslim Buhari den Fulani angehört und dem Nordwesten entstammt. Religionsbekenntnis, Stammeszugehörigkeit und regionale Verwurzelung sind in dem bevölkerungsreichsten Land Afrikas, dessen politischer Weg Auswirkungen auf den gesamten Westteil des Kontinents hat, von überragender Bedeutung und stellen gerade angesichts der derzeitigen Kandidatenkonstellation bereits im Vorfeld der Wahl einen Risikofaktor dar, der die Aussicht auf freie, faire und gewaltlose Wahlen spürbar trübt.

Wenn im April 2003 die Bürger Nigerias zu den Wahlen schreiten, dann wird es eine Wahl der Superlative, denn nicht ohne Berechtigung kann man sagen, dass dieser Urnengang über Wohl und Wehe des bevölkerungsreichsten Landes Afrikas entscheidet. 60 Millionen Wahlberechtigte, das ist jeder zweite Bürger, entscheiden am 12. April über die neue Zusammensetzung der Parlamente auf Bundes- und Landesebene. Eine Woche später wählen sie zum zweiten Mal, diesmal den Präsidenten und die Gouverneure der 36 Bundesstaaten. Eine Wahl der Superlative ist es auch, weil nun, in der vierten Republik, das versucht wird, was bis dahin vom Militär immer wieder mit schöner Regelmäßigkeit verhindert wurde: ein fließender und friedlicher Übergang von Zivil- zu Zivilregierung. Gegenüber stehen sich für das Präsidentenamt 20 Kandidaten, die aussichtsreichsten sind Amtsinhaber Olusegun Obasanjo und sein größter Kontrahent Muhammadu Buhari.

Nigeria ist wahrhaftig im Wahlfieber, denn die Probleme, mit denen das Land zu kämpfen hat, sind reichhaltig und komplex. Die ersten vier Jahre der Vierten Republik unter Präsident Obasanjo waren demnach nicht einfach. In ethnischen und religiösen Auseinandersetzungen verloren schätzungsweise 10000 Menschen ihr Leben. In großen Teilen des Landes ist es schon lange nicht mehr die Polizei - katastrophal ausgerüstet, kaum oder gar nicht ausgebildet und unterfinanziert -, die die exekutive Gewalt ausübt. Da, wo das Gewaltmonopol des Staates nicht

hinreicht, sorgen Vigilantentruppen für „Recht und Ordnung“, gesponsert von Politikern, Geschäftsleuten und dunklen Strippenziehern im Hintergrund. Trotzdem, oder gerade deswegen, gehören Gewalt und Kriminalität zum alltäglichen Erscheinungsbild. Die Ökonomie liegt am Boden. Das Land, zu 90 Prozent abhängig vom Erdöl, ist geplagt von Inflation, Arbeitslosigkeit und stetig steigender Armut. Der Unmut der Bevölkerung äußert sich in Streiks und der bereits erwähnten wachsenden und äußerst brutalen Kriminalität. Die Bekämpfung der Korruption, erklärtes Ziel der Administration Obasanjo, erfuhr nach einem ersten Jahr ehrlicher Anstrengungen unzählige Rückschläge. Erst kürzlich verweigerte nun auch das Repräsentantenhaus der von Obasanjo vor drei Jahren eingesetzten Anti-Korruptions-Kommission die Unterstützung. Dazu kommt, gleichsam als Meta-Problem des Landes, die *Scharia*-Frage. Die Ausweitung der islamischen Gesetzgebung in mittlerweile zwölf nördlichen Bundesstaaten und die erkennbare Ohnmacht der Zentralregierung scheint ein weiteres Auseinanderdriften des Landes in einen christlichen Süden und einen islamischen Norden zu forcieren.

Vor allem die westliche Welt wird die Wahl mit Argusaugen verfolgen. Nigeria ist die hegemoniale Macht in Westafrika, und jedes gewichtige innerstaatliche Ereignis strahlt, im Positiven wie im Negativen, auf die Region ab. Ein relativ friedlicher Ausgang der Wahlen ist demnach im Interesse der ganzen Region und somit auch der übrigen Welt. Schließlich entscheiden die Nigerianer auch über den weiteren außenpolitischen Kurs einer afrikanischen Führungsmacht. Initiativen wie NEPAD und die militärische und ökonomische Integration der westafrikanischen Region sind untrennbar verbunden mit Nigeria und der Administration Obasanjo – was ihm im Ausland übrigens zu einer für viele Nigerianer unverständlichen Reputation verholfen hat. Es steht also viel auf dem Spiel für den selbsternannten *African giant*.

■ Vor allem die westliche Welt wird die Wahl mit Argusaugen verfolgen. Nigeria ist die hegemoniale Macht in Westafrika, und jedes gewichtige innerstaatliche Ereignis strahlt, im Positiven wie im Negativen, auf die Region ab. Ein relativ friedlicher Ausgang der Wahlen ist demnach im Interesse der ganzen Region und somit auch der übrigen Welt.

■ Die Parteien

30 Parteien stellen sich ab dem 12. April dem Willen der Wähler, das sind 27 mehr als 1999. Damals standen nur die heute etablierten People's Democratic Party (PDP), die Alliance for Democracy (AD) und

die All People's Party (APP, heute die ANPP) zur Wahl. Doch 2002, also sozusagen im Jahre 3 der neuen Demokratie, machten sich über 20 Parteien daran, als solche auch registriert und zugelassen zu werden. Zuständig für das Zulassungsprocedere ist die mächtige, vom Präsidenten kontrollierte Independent National Electoral Commission (INEC). Nach langen Verhandlungen, einem ständigen Hin und Her und begleitet von der gespannten Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit, gab sie Mitte Juni 2002 die Registrierung dreier neuer Parteien bekannt: die All Progressives Grand Alliance (APGA), die National Democratic Party (NDP) und die United Nigeria People's Party (UNPP). Diese Entscheidung führte verständlicherweise zu großem Wehklagen unter den nicht berücksichtigten Parteien. Es war vor allem Gani Fawehinmi, Gründer der abgelehnten National Consciousness Party und bekannter Anwalt und Menschenrechtsaktivist, der die Rechtmäßigkeit des Zulassungsprocederes bezweifelte. Er und die übrigen Parteiführer zogen vor das höchste Bundesgericht. In der nigerianischen Verfassung sei klar und deutlich geregelt, so ihre stimmige und der Verfassungswirklichkeit entsprechende Argumentation, wann eine Partei sich als solche bezeichnen dürfe und somit alle Anforderungen der Registrierung erfüllt habe. Es bedürfe eben nicht einer weiteren Prüfung durch eine Organisation wie INEC. Das Gericht ließ sich Zeit mit Findung und Verkündung des Urteils. Am 27. Juli traten die Richter an die Öffentlichkeit. Sie stellten fest, dass die Zulassungsbefugnis der Kommission nicht verfassungskonform sei und gaben somit der Klage der nicht registrierten Parteien statt. Anfang Dezember des letzten Jahres dann wurden die übrigen Parteien allesamt registriert. Jetzt sind es also 30, die im April miteinander konkurrieren.

■ Die drei etablierten Parteien haben noch immer die beste Chancen. Sie hatten fast vier Jahre Zeit, sich in personeller und infrastruktureller Hinsicht national zu organisieren. Auch hat diese Zeit gereicht, um die Kriegskassen entsprechend zu füllen, ein entscheidender Vorteil gegenüber den neuen Parteien, die kaum Zeit haben, Wahlvolk zu mobilisieren.

Freilich haben die drei etablierten Parteien noch immer die beste Chancen. Sie hatten fast vier Jahre Zeit, sich in personeller und infrastruktureller Hinsicht national zu organisieren. Auch hat diese Zeit gereicht, um die Kriegskassen entsprechend zu füllen, ein entscheidender Vorteil gegenüber den neuen Parteien, die kaum Zeit haben, Wahlvolk zu mobilisieren. Hier ist ohnehin unklar, wie groß deren Halbwertszeit sein wird. Lediglich der National Democratic Party

(NDP) und der All Progressives Grand Alliance (APGA) möchte man einige Chancen einräumen, und letzterer auch nur regional begrenzt im Südosten des Landes. Spannend allerdings könnte es noch einmal werden, wenn der Plan einiger Parteiführer aufgeht, eine Parteienallianz mit einem einzigen Kandidaten zu formieren, um diesen gegen Obasanjo und die übrigen Bewerber in die Schlacht zu schicken. Möglicher Kandidat einer solchen Allianz ist Fawehinmi.

Die PDP von Amtsinhaber Obasanjo dominierte die Wahlen 1999. Sie nahm Senat und Repräsentantenhaus ein und stellte den Präsidenten. Diesmal freilich wird es nicht so einfach werden, nicht zuletzt, weil der Bürger mehr Optionen hat. Dennoch ist sie, wenn auch nicht der klare, Favorit. Die PDP ist die einzige Partei mit nationaler Präsenz und bezeichnet sich selbst, mit einiger Berechtigung, als größte Partei Afrikas. Sie ist auch die einzige Partei mit Kandidaten für alle Wahlen und jedes einzelne zu vergebende Amt in ganz Nigeria. Das gilt sogar für den Südwesten, Land der Yoruba und Hochburg der AD, wo unter normalen Umständen keine andere Partei den Hauch einer Chance hat. Bereits im Januar führte sie ihre *Primaries* durch. Die Tatsache, dass die PDP an der Macht ist, ihre nationale Präsenz, ihre relativ gute Infrastruktur und Organisation, ihre finanzielle Ausstattung und ihre guten Wahlchancen führten dazu, dass sich ursprünglich viele Bewerber den Vorauswahlen stellen wollten, darunter auch Aktivisten wie Olissa Agbakoba, eigentlich ein regierungskritischer Geist. Doch als dann Anthony Ekwueme seinen Hut in den Ring warf, wurde es ernst. Ekwueme, ehemaliger Vizepräsident und einen hervorragenden Ruf genießend, wurde kurzzeitig zur Bedrohung für Obasanjo und die anderen Bewerber. Die meisten zogen ihre Kandidatur fluchtartig zurück – so Ike Nwachukwu, jetzt Kandidat der NDP –, und bis kurz vor der Vorwahl galt Ekwueme als sicherer Sieger. Doch Obasanjo wusste als amtierender Präsident den Regierungsapparat hinter sich, und so wurden die *Primaries* zu einem vollendeten Beispiel einer von der Exekutive gesteuerten Betrugsmaschinerie. Obasanjo, dem in diesem Zusammenhang auch Bedrohung und Bestechung von Gouverneuren vorgeworfen wurde, wurde am Ende mit über 70 Prozent der Stimmen gewählt. Diesen Sieg konnte übrigens auch Ibra-

■ Die PDP von Amtsinhaber Obasanjo dominierte die Wahlen 1999. Sie nahm Senat und Repräsentantenhaus ein und stellte den Präsidenten. Diesmal freilich wird es nicht so einfach werden, nicht zuletzt, weil der Bürger mehr Optionen hat. Dennoch ist sie, wenn auch nicht der klare, Favorit.

him Babangida, ehemaliger Militärherrscher mit der längsten Amtsdauer (1985 bis 1993), nicht verhindern. Babangida, Nestor der nigerianischen Politik und bekannt als *evil genius*, stand hinter der Kandidatur Ekwuemes. Er wollte Ekwueme zum Präsidenten und Atiku Abubakar, jetziger Vizepräsident neben Obasanjo, von diesem loseisen und auf Ekwuemes Seite schlagen. Hintergrund dieses geplanten Schachzuges: Abubakar, wie Babangida aus dem Norden, gilt als dessen größter potentieller Widersacher für die Wahlen 2007. Ein von Babangida gemachter Präsident Ekwueme hätte auf Order Babangidas hin Atiku als Vize jederzeit fallen lassen und diesen somit als Kandidaten für die nächsten Wahlen nahezu unbrauchbar gemacht.

■ Größter ernstzunehmender Gegner der PDP ist die All Nigeria Peoples Party (ANPP), die aus der APP hervorging. Wirklich präsent ist die ANPP, ein ethnisch-religiöser Wahlverein, eigentlich nur im Norden des Landes.

Größter ernstzunehmender Gegner der PDP ist die All Nigeria Peoples Party (ANPP), die aus der APP hervorging. Wirklich präsent ist die ANPP, ein ethnisch-religiöser Wahlverein, eigentlich nur im Norden des Landes. Sie versucht allerdings verzweifelt, ihr Image als regionale Partei loszuwerden, indem sie ihre Präsenz in andere Regionen ausweitet, insbesondere in den Südosten und Zentralsüden. Jedoch ist dieser Strategie bis dato kaum Erfolg vergönnt. Grund hierfür ist vor allem ein strikt antidemokratischer und proislamischer Kurs der Führung der Partei - diese setzt sich aus dem sogenannten *northern establishment* zusammen, ein Konglomerat aus Kalifen, Sultanen, religiösen Führern und ehemaligen Politikern -, die demokratische Vorwahlen ablehnt und auf Kandidaten islamischen Glaubens besteht, dies sogar in Regionen mit mehrheitlich christlicher Bevölkerung. In Mekka legten sich die Führer der Partei qua Diktat auf Muhammadu Buhari, den ehemaligen Militärdiktator, als Präsidentschaftskandidaten fest. Mit diesem Kandidaten und einer klaren religiös-ethnischen Festlegung wird die ANPP den Norden gewinnen. In den anderen Regionen hingegen kann man ihr kaum Chancen einräumen.

Der dritte im Bunde der Etablierten ist die AD. Vielleicht noch mehr als die ANPP ist die AD die klassische Partei eines ethnisch-regionalen Zuschnitts. Sie ist die Yoruba-Partei und lediglich im Südwesten des Landes aktiv. Die AD stellt keinen Kandidaten für das Präsidentenamt, auch führte sie keine *Primaries* für die Gouverneurswahlen durch.

Alle Amtsinhaber der von der AD beherrschten sechs Gliedstaaten treten ein weiteres Mal an. Spannend ist die Frage, ob die AD diesmal Obasanjo, der ein Yoruba ist, unterstützen wird. Bis jetzt gibt es noch keine konkrete Absichtserklärung; Anzeichen allerdings, die in diese Richtung deuten, sind zu erkennen. So verdankt es der Präsident eigentlich der Oppositionspartei, dass er noch im Amt ist. Es war die AD, die Obasanjos Kopf im Zuge eines Amtsenthebungsverfahrens, angezettelt von des Präsidenten eigener Regierungspartei, aus der Schlinge zog. Dies zeigt, dass in ernsten Zeiten in Nigeria ethnische Bande mehr zählen als politische Bekenntnisse. Ein Phänomen, das sich im Zuge der Wahlen durchaus wiederholen könnte.

Die neuen Parteien auf der politischen Bühne werden, wie bereits erwähnt, wohl kaum für große Überraschungen sorgen können. Lediglich APGA als regionale und ethnisch ausgerichtete Igbo-Partei und die NDP mit ihrem Kandidaten Ike Nwachukwu und Ibrahim Babangida als Mastermind im Hintergrund könnten für ein wenig Abwechslung sorgen. Dazu gesellt sich als Dritter im Bunde Gani Fawehinmi mit seiner Consciousness Party, der in der Metropole Lagos einige Stimmen der aufgeklärten Mittelschicht gewinnen dürfte.

■ Die Kandidaten

Aussichtsreichster Kandidat ist General Olesugun Obasanjo, ehemaliger Militärmachthaber von 1976 bis 1979 und amtierender Präsident. Obasanjo ist Yoruba und Christ aus dem Süden. 1979, nach drei Jahren Amtszeit, übergab er freiwillig nach vorheriger Ankündigung die Amtsgeschäfte an eine zivile Regierung. Danach war er als Farmer und Geschäftsmann tätig. Abacha warf ihn ins Gefängnis, und nur dank zahlreicher Initiativen vor allem der westlichen Welt überlebte er. Gewählt wurde er im Mai 1999 als Übergangslösung und bequemer Kompromiss, seine Haft hatte ihm den nötigen moralischen Anstrich verschafft. Verließ das erste seiner vier Jahre noch relativ erfolgreich - gleich zu Beginn zwangspensionierte er mehr als 100 hohe Militärs, begann den Kampf gegen die Korruption und etablierte das sogenannte Oputa-Panel, eine Kommission, die Menschenrechtsverletzungen unter den Militärregimen, auch seinem eige-

■ **Aussichtsreichster Kandidat ist General Olesugun Obasanjo, ehemaliger Militärmachthaber von 1976 bis 1979 und amtierender Präsident. Obasanjo ist Yoruba und Christ aus dem Süden.**

■ Aus beinahe heiterem Himmel stellte das Repräsentantenhaus Obasanjo am 13. August ein Zwei-Wochen-Ultimatum: entweder er stelle sich dem Verfahren oder er trete zurück. Grundlage war eine Liste mit 17 Verfehlungen, die die Kammer Obasanjo vorwarf, darunter Missachtung des Parlaments, der gescheiterte Haushalt 2002, unrechtmäßiger Einsatz des Militärs, die eskalierende Gewalt in Nigeria und die ausgedehnte Reisetätigkeit des Präsidenten. Drahtzieher waren einflussreiche Kreise aus dem Norden.

nen, untersuchen sollte –, so stellten sich doch bald Schwierigkeiten ein. Undurchschaubare Manöver der Finanzpolitik, Inflation, Streiks und zweifelhafte Einsätze des Militärs führten zu immer größerer Unzufriedenheit nicht nur im Volk, sondern auch innerhalb der eigenen Partei. Dann machte er den taktischen Fehler, viel zu früh, nämlich bereits im Mai 2002, seine Absicht zu erklären, ein weiteres Mal kandidieren zu wollen. Dieses überraschend frühe *outing* hatte zweierlei zu Folge. Zum einen führte es zu einer politischen Revitalisierung all der ehemaligen Generäle, die Obasanjo 2002 aus dem Amt scheiden sehen wollen. Zum anderen ist es ihm wohl zum Teil zu verdanken, dass es im August zu einem Amtsenthebungsverfahren gegen den amtierenden Präsidenten kam. Aus beinahe heiterem Himmel stellte das Repräsentantenhaus Obasanjo am 13. August ein Zwei-Wochen-Ultimatum: entweder er stelle sich dem Verfahren oder er trete zurück. Grundlage war eine Liste mit 17 Verfehlungen, die die Kammer Obasanjo vorwarf, darunter Missachtung des Parlaments, der gescheiterte Haushalt 2002, unrechtmäßiger Einsatz des Militärs, die eskalierende Gewalt in Nigeria und die ausgedehnte Reisetätigkeit des Präsidenten. Drahtzieher waren einflussreiche Kreise aus dem Norden. Elf Tage später reagierte Obasanjo öffentlich auf die Vorwürfe. Das tat er leider sehr unglücklich, seine Gegner warfen ihm Arroganz und Ignoranz vor. Die Folge: der Senat seinerseits schloss sich nun dem Amtsenthebungsverfahren an, das Repräsentantenhaus ergänzte die Vorwürfe um weitere 15, darunter so elementare angebliche Verfehlungen wie Finanzmanipulationen. Die Krise erreichte ihren Höhepunkt, als Obasanjos eigene Partei, die PDP, dem Präsidenten Amtsmissbrauch und unregelmäßiges Finanzgebaren vorwarf. Das war im Oktober, und für kurze Zeit sah es so aus, als seien die Tage des einstigen Hoffnungsträgers gezählt. Doch Nigerias Tribalismus, neben der Bakassi-Krise, kam ihm zur Hilfe. Mit Unterstützung der Oppositionspartei, der AD, die sich vornehmlich aus Yoruba rekrutiert, der Volksgruppe, der auch Obasanjo angehört, und durch einige Zusagen vor allem an das Repräsentantenhaus – in den Wahlkreisen seiner erbittertsten Gegner sollten endlich lang geplante Wasser- und Elektrizitätsprojekte realisiert werden – gelang es

ihm, die Reihen seiner Widersacher zu lichten. Entgegen den Prophezeiungen vieler Beobachter ging Obasanjo gestärkt aus der Krise hervor. Das bewies er zuletzt im Zuge der bereits geschilderten *Primaries* seiner Partei.

Sein *runnig mate* ist Atiku Abubakar. Abubakar, amtierender Vizepräsident, stammt aus dem Nordosten und gilt als gemäßigter Moslem. Lange Zeit sah es so aus, als ob er seinen Herrn verlassen würde, um entweder an der Seite von Ekwueme zu kämpfen oder gar selbst als Kandidat für das höchste Amt zur Verfügung zu stehen. Druck und Drohung von Obasanjo und die Erkenntnis, dass vier Jahre im zweithöchsten Amt der Nation zu kurz sind, um genügend Mittel für einen Präsidentenwahlkampf zu mobilisieren, ließen ihn jedoch von diesen Plänen Abstand nehmen. Er gilt allerdings bereits jetzt als ernstzunehmender Kandidat für die Wahlen 2007.

Wahrscheinlich einziger ernster Widersacher Obasanjos ist der Kandidat der ANPP, General Muhammadu Buhari. Buhari, aus Daura in Katsina State, dem Nordwesten Nigerias, ist Fulani und Moslem. Auch er hat Nigeria bereits regiert, von 1983 bis 1985. Mittels eines Putsches gegen Shagari gelang er ins Amt, durch einen Putsch, angeführt von Babangida zwei Jahre später, verlor er es wieder. Die Buhari-Ära gilt neben der von Babangida und natürlich Abacha als die schwärzeste Nigerias. Zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung und Inhaftierung von mehr als 500 Politikern, Geschäftsleuten und kritischen Journalisten und ein Kampf gegen Korruption, der de facto eine Militarisierung und gewaltsame Disziplinierung von Öffentlichkeit und Verwaltung war, bleiben in Erinnerung. Ob er der Kandidat der nationalen Aussöhnung ist, so wie er glauben zu machen versucht, ist mehr als umstritten. Am Tag seiner Inaugurierung als ANPP-Kandidat sagte er: „If given the mandate, I will serve faithfully without discrimination on account of sex, religion or ethnicity.“ Im Oktober letzten Jahres nämlich noch beschwor er seine Glaubensbrüder, ja keinen christlichen Präsidenten zu wählen.

Buharis *running mate* ist Chuba Okadigbo. Okadigbo, ehemaliger Senatspräsident, ist ein Igbo aus dem Südosten des Landes. Einem Amtsenthebungsverfahren wegen Bestechung entzog er sich vorzeitig

■ Wahrscheinlich einziger ernster Widersacher Obasanjos ist der Kandidat der ANPP, General Muhammadu Buhari. Buhari, aus Daura in Katsina State, dem Nordwesten Nigerias, ist Fulani und Moslem.

durch Rücktritt. Schnell wechselte er zur ANPP mit dem Ziel, deren Kandidat zu werden. Als dann in Mekka Buhari auf das Schild gehoben wurde, reagierte er unmittelbar und diente sich als Kandidat für die Vizepräsidentschaft an. Ein Schachzug, der sich auszahlen könnte, dürften dem Gespann Buhari/Okadigbo doch nun auch erhebliche Stimmen aus dem sich seit Ende des Bürgerkrieges vernachlässigt fühlenden Südosten des Landes zufallen. Dazu könnte auch verstärkt die Ankündigung Buharis führen, nur für eine Amtszeit zur Verfügung zu stehen, um dann das Präsidentenamt einem Bewerber aus dem Südosten zur Verfügung zu stellen.

■ Zwei weitere ehemalige hochrangige Militärs komplettieren das Quartett der soldatischen Politiker: Emeka Ojukwu, der für die APGA ins Rennen geht und Ike Nwachukwu, Kandidat der NDP.

Zwei weitere ehemalige hochrangige Militärs komplettieren das Quartett der soldatischen Politiker: Emeka Ojukwu, der für die APGA ins Rennen geht und Ike Nwachukwu, Kandidat der NDP. Beide stammen, wie Okadigbo, aus dem Südosten, könnten aber unterschiedlicher nicht sein. Ojukwu ist der Rebellenchef, der Biafra 1967 als blutjunger Oberstleutnant in die Sezession führte. Noch heute ist er eine Legende, lebende Geschichte. Aber auch heute noch basiert seine gesamte Politik auf einem kaum verhüllten Igbo-Nationalismus. Dazu passt es, dass er sich auf dem Ticket der APGA, einer reinen Igbo-Partei, bewirbt. Chancen darf er sich keine ausrechnen, abzuwarten bleibt aber, ob AGPA mit der ethnischen Karte einige Gouverneursämter in den südöstlichen Staaten erobern kann. Jüngste Entwicklungen aber lassen auch dies zweifelhaft erscheinen.

Nwachukwu war unter Babangida Außenminister, während des Bürgerkrieges kämpfte er auf Seiten Nigerias gegen sein eigenes Volk. Auf der einen Seite wird ihn das, insbesondere bei den eingefleischten Igbo-Nationalisten, Stimmen kosten, auf der anderen Seite kann gerade dieses Manko aus ihm einen Mann der ehrlichen und nationalen Aussöhnung machen. Zumindest scheint das seine Strategie zu sein. Um sich herum scharte er als seine *spindoctors* zahlreiche ehemalige Diplomaten, die ihm noch immer treu ergeben sind. Financier der Partei und wohl auch eines Großteils des Wahlkampfes ist, wie könnte es anders sein, Ibrahim Babangida. Auf den ersten Blick sind die Chancen Nwachukwus als gering zu werten. Doch nicht auszuschließen ist, dass er gleichsam als lachender Dritter dasteht, sollten sich PDP und

ANPP gegenseitig neutralisieren. Zumindest gilt er als vergleichsweise integer und seriös.

■ Die Regionen

Nigerias ethnische und religiöse Zerrissenheit und sein Wahlsystem machen es nötig, bei einer Analyse wie der vorliegenden die sechs Regionen etwas genauer in den Fokus zu rücken. Das Wahlsystem nämlich zollt der Heterogenität und dem föderativen Aufbau Nigerias Tribut. Um Präsident des Landes zu werden, reicht nicht die einfache Mehrheit im Wahlgang. Dazu nämlich muss der erfolgreiche Bewerber mindestens 25 Prozent der Stimmen in zwei Dritteln der 36 Bundesländer erzielen. Bis zu drei Wahlgänge sind laut Verfassung möglich, erst im dritten Wahlgang genügt eine einfache, landesweit erzielte Mehrheit. Wie nun in den einzelnen Zonen des Landes gewählt werden könnte, so weit man das vorhersagen kann, soll auf den folgenden Seiten untersucht werden.

Der Zentralnorden, auch bekannt als Middle Belt, gilt in Nigeria als Lieferant für Militärherrscher und Diktatoren (außer Abacha und Buhari). Er ist bekannt für ethnische Spannungen und gewalttätige Konflikte, die vor allem aus ungeklärten Landnutzungsrechten resultieren. Über 80 verschiedene ethnische Gruppen siedeln auf engstem Raum, der mit der Ankunft zugewanderter Hausa-Fulani und ihrer Viehherden noch knapper geworden ist. Mehr als einmal griff die Armee in den vergangenen Jahren ein. Grausamer Höhepunkt war das Gemetzel an über 200 unbewaffneten Zivilisten im Herbst des Jahres 2001, die offizielle staatliche Antwort auf einen andauernden Konflikt zwischen Tiv und Jukun, der auch 19 Soldaten bei deren Intervention das Leben kostete. Dieses heterogene Gemisch und die konflikthafte Stimmung in der Region führten dazu, dass keiner der mittlerweile 20 Kandidaten für das Präsidentenamt aus dem Middle Belt kommt. Während der *Primaries* in den verschiedenen Parteien nämlich wurden die diversen aus dieser Region stammenden Kandidaten noch nicht einmal von den Delegierten aus der eigenen Heimatzone gewählt. Der Middle Belt schafft es nicht, wie etwa der Südwesten, einen einheitlichen und schlagkräftigen Block zu bilden, vielmehr handelt er entsprechend der ethnisch-religiösen Gesamtkonzeption des Landes. Den Parteien

■ Der Zentralnorden, auch bekannt als Middle Belt, gilt in Nigeria als Lieferant für Militärherrscher und Diktatoren (außer Abacha und Buhari).

gelingt es kaum, in der Region Kandidaten für die Listen zu finden. Aufgrund der erwähnten regelmäßigen Eruptionen von Gewalt, der schlechten ökonomischen Performance in allen sechs Gliedstaaten der Region und der höchsten Amtsenthebungsrates des Landes hat sich, was das passive Wahlrecht angeht, eine Art Politikverdrossenheit breitgemacht, ein in Nigeria selten zu beobachtendes Phänomen. Gewählt werden wird trotzdem im Middle Belt, und wahrscheinlich wird es Obasanjo und dessen PDP sein, die die Mehrzahl der Stimmen bekommen. Es gilt als unwahrscheinlich, dass die Bewohner Buhari und somit wahrscheinlich die *Scharia* wählen. Ungewiss ist lediglich das Wahlverhalten der Tiv und der Jukun. Im Moment scheint es eher unwahrscheinlich, dass sie Obasanjo die Stimme geben, war er es doch, der persönlich den Befehl für den Einsatz der Armee gab.

■ **Der Südwesten ist das Land der Yoruba und somit Einzugsgebiet der AD.**

Der Südwesten ist das Land der Yoruba und somit Einzugsgebiet der AD. Wahrer Machtfaktor und einziger authentischer Repräsentant der Yoruba hingegen ist eindeutig die ethnische Sammelbewegung Afinefere. Sie hat es geschafft, aus den Yoruba, der größten Volksgruppe Nigerias, eine homogene und schlagkräftige Masse zu formen. Ohne Afinefere läuft nichts im Südwesten. Sie war es auch, die die AD nahezu zwang, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten, um Obasanjo, einen Landsmann, unterstützen zu können, obwohl er einer anderen Partei angehört. Dies war ja bereits im Zuge des Impeachments gegen Obasanjo praktiziert worden. Der Südwesten verzeichnet in den letzten vier Jahren das größte Wirtschaftswachstum – auch das, natürlich neben dem Lagos-Faktor, zu verdanken der starken Führung von Afinefere und der somit geschaffenen Homogenität der Region. 1999 gewann die AD die Gouverneursämter in allen sechs Gliedstaaten der Region. Ein Erfolg, den sie ohne weiteres wiederholen wird. Auch die Parlamentswahlen werden von AD gewonnen werden. Interessant wird die Präsidentschaftswahl. Kommt der Ruf Afineferes zur Unterstützung Obasanjos, und davon ist momentan auszugehen, dann hat dieser den Südwesten sicher.

■ **Der Nordwesten ist seit der Unabhängigkeit die Heimat der Königsmacher und das Stammland der zweitgrößten ethnischen Gruppe, der Hausa-Fulani.**

Der Nordwesten ist seit der Unabhängigkeit die Heimat der Königsmacher und das Stammland der zweitgrößten ethnischen Gruppe, der Hausa-Fulani. Hier versucht das Arewa Consultative Forum die

Rolle zu spielen, die Afinefere im Südwesten spielt. Das allerdings gelingt kaum, denn die Fäden in der Hand haben die Emire und Sultane und das bereits erwähnte *northern establishment*. Diese ehemaligen Politiker, die Taschen voller Geld, das sie während ihrer politischen Tätigkeit entweder in Lagos oder später in Abuja „verdient“ haben, kontrollieren den gesamten Norden gemeinsam mit den traditionellen weltlich-religiösen Führern. Der Norden, ökonomisch und infrastrukturell in einem desolaten Zustand, ist abhängig von diesen Führern. Dazu kommt ein traditionelles Patron-Klient-Verhältnis, und somit ist bereits so gut wie klar, dass Buhari und seine ANPP, unterstützt vom *establishment*, in dieser Region gewinnen werden. Der einzige Überlebensweg für diese Region ist der Weg zurück zur Macht, und dieser Weg führt, zumindest im April 2003, über Buhari.

Der Nordosten sieht sich, ähnlich wie der Südosten, als stets vernachlässigte Region. Vom Nordwesten wurde er niemals als wahrer Norden anerkannt, gleichwohl wurde er vom übrigen Nigeria immer wieder des gemeinsam mit dem Nordwesten verübten permanenten Machtmissbrauchs schuldig gesprochen. Das führte zu der paradoxen Situation, dass, auch wenn ein *northerner* an der Macht war, die Region kaum davon profitieren konnte. Die Infrastruktur kann kaum als solche bezeichnet werden, dazu kommt eine immens hohe Analphabetenrate. Vizepräsident Atiku stammt aus der Region. Und auch wenn der Nordosten eine prominente Rolle beim Versuch spielte, Obasanjo des Amtes zu entheben, werden dieser, sein Vize und die PDP wahrscheinlich die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinen können. Mit Atiku sind sie an der Macht, und das wollen sie auch bleiben.

Der Zentralsüden ist wegen seiner reichhaltigen Ölvorkommen die ökonomisch bedeutungsvollste Region der Bundesrepublik Nigeria, er ist die wirtschaftliche Lebensader des Landes. Politisch hingegen spielte sie nie eine wirkliche Rolle. Brisant und deswegen politisch interessant ist die Beziehung zwischen der Region und dem Zentralstaat. Die Brisanz rührt von der umstrittenen Regelung, dass die Erlöse aus dem *off-shore*, also aus dem in den Gewässern vor der Küste geförderten Öl, allein und komplett der

■ Der Nordosten sieht sich, ähnlich wie der Südosten, als stets vernachlässigte Region.

■ Der Zentralsüden ist wegen seiner reichhaltigen Ölvorkommen die ökonomisch bedeutungsvollste Region der Bundesrepublik Nigeria, er ist die wirtschaftliche Lebensader des Landes.

Regierung in Abuja zufließen. Das Öl spielt eine harmonisierende Rolle, denn die Region schmiedete in den letzten Jahren eine gemeinsame Front und spielt nun die ökonomische Karte: jede Partei, die gewinnt, muss die *on-shore-off-shore*-Dichotomie nach der Wahl mit der Region neu verhandeln. Alle ernstzunehmenden politischen Kandidaten haben den Weg nach Port Harcourt, der Metropole der Ölgewinnung, gefunden, und hinter den Kulissen wurden und werden immer noch die unterschiedlichsten Vereinbarungen zugunsten der Region getroffen. Dies führte bis hin zum Versprechen, den nächsten Präsidenten aus dem Zentralsüden kommen zu lassen. Ernstes Anzeichen dafür war übrigens die Entscheidung des Vizepräsidenten Atiku - als dieser noch politische Ambitionen hatte und von Obasanjo noch nicht an die Kette gelegt worden war -, Donald Duke, Gouverneur von Cross River State, zu seinem *running mate* zu machen. Dass er seine Ambitionen fallen ließ, führte dann zu Verhandlungen zwischen dem Duo Atiku/Obasanjo mit der Region, was darauf hindeutet, dass einer der künftigen wichtigen Minister aus dieser Region kommen wird, sollte Obasanjo im Amt bestätigt werden. Auch wenn im Falle des Zentralsüdens eine Prognose vergleichsweise gewagt ist, kann man davon ausgehen, dass Obasanjo die Mehrheit der Stimmen, so wie 1999, auf sich vereinen kann. Die Zugeständnisse an die Region und seine PDP-Hausmacht - alle sechs Gliedstaaten werden von PDP-Gouverneuren regiert, und alle haben zumindest relativ gute Chancen auf eine Wiederwahl - lassen diesen Schluss zu.

■ **Der Südosten, Heimat des dritten ethnischen Machtfaktors, der Igbos, gilt als kritische und unsichere Größe.**

Der Südosten, Heimat des dritten ethnischen Machtfaktors, der Igbos, gilt als kritische und unsichere Größe. Trotz der leidvollen Erfahrung eines verlorenen Bürgerkriegs und einer gescheiterten Sezession und der schon fast verkrampten Bemühungen der ethnischen Interessenvertretung „Ohanaeze Ndigbo“, die Präsidentschaft in die Region zu holen, gelang es nicht, eine gemeinsame Position zu finden. Schon vor über einem Jahr beanspruchten die Igbos das Präsidentenamt für sich, ein Igbo-Präsident wird von der Region als formales Ende des Bürgerkrieges angesehen. Doch Beobachter sind sich einig, dass der Fall wohl kaum eintreten wird. Und wenn doch, dann paradoxerweise nicht, weil Igbos dafür gekämpft ha-

ben. Neben dem Middle Belt ist der Südosten das größte Theater politischer Gewalt und Inkompetenz. Er ist die einzige Region, in der ein Gouverneur von seiner eigenen Partei nicht wieder zur Wahl gestellt wurde (Anambra). Wegen dieser offensichtlichen Heterogenität - ironischerweise trotz gemeinsamer Ziele und eines gemeinsamen Feindbildes, nämlich Obasanjo, den man der Marginalisierung des Südostens bezichtigt - kann es sein, dass die Region als großer Verlierer aus den Wahlen hervorgeht. Während der Vorwahlzeit gab es kaum intensive Verhandlungen zwischen lokalen Führern und politischen Kandidaten. Eine „Belohnung“ für die Region also, so wie sie vielleicht der Zentralsüden erwarten kann, scheint nicht wahrscheinlich. Wie im Südosten gewählt werden wird, ist bislang ungewiss. Es besteht eine Art Patt-Situation zwischen den Igbo-Kandidaten, die sich gegenseitig neutralisieren werden, und den großen Konkurrenten Buhari und Obasanjo.

■ Fazit und Ausblick

Obasanjo wird die Wahl gewinnen und für weitere vier Jahre das Land regieren. Die PDP wird ihren grandiosen Wahlsieg nicht wiederholen können, was vor allem daran liegt, dass der Wähler mehr Wahloptionen hat als vier Jahre zuvor. Das allerdings könnte Obasanjo gar zum Vorteil gereichen, hat die jüngste Geschichte doch gezeigt, dass sich der Präsident mehr auf das ethnische Zusammengehörigkeitsgefühl verlassen kann als auf das gemeinsame Parteibuch.

Von beinahe größerer Bedeutung als der Wahlausgang, der klar zu sein scheint, ist die Frage nach dem Ablauf der Wahlen. Werden es freie, faire und vor allem gewaltfreie Wahlen? Die Wahrscheinlichkeit ist nicht sehr hoch. Schon im September letzten Jahres wurde recht bald klar, dass von fairen und freien Wahlen kaum noch die Rede sein kann. Damals sollten landesweit alle Wähler registriert werden. Dem Catholic Secretariat of Nigeria zufolge, das Programme zur Wahlbeobachtung organisiert, wurden bis zu 30 Prozent der potenziellen Wähler nicht registriert. Die Gründe waren vielfältig: zu wenig Formulare, unzureichende finanzielle Ausstattung durch die Regierung, Ausschreitungen während des Verlaufs vor allem im Middle Belt, im Zentralsüden (hier wurde das Verfahren sogar verschoben) und im Osten

■ Obasanjo wird die Wahl gewinnen und für weitere vier Jahre das Land regieren. Die PDP wird ihren grandiosen Wahlsieg nicht wiederholen können, was vor allem daran liegt, dass der Wähler mehr Wahloptionen hat als vier Jahre zuvor.

des Landes sowie politische Willkür. Trotz mehrmaliger Ankündigung der Regierung, noch nicht registrierten Wählern eine weitere Gelegenheit zu geben, ist bisher noch nichts geschehen. In Anbetracht der zeitlichen Nähe zu den Wahlen muss wohl davon ausgegangen werden, dass dahingehend auch nichts mehr unternommen werden wird.

Ebenfalls problematisch war die sehr spät, erst nach gerichtlichem Streit erfolgte Registrierung der neuen Parteien. Wenn auch Obasanjo die neuen Parteien nicht gänzlich verhindern konnte – sein inoffiziell erklärtes Ziel –, so hat er den meisten von ihnen doch kostbare Zeit für Organisation und Wahlkampf genommen. Sie kämpfen keineswegs auf gleicher Augenhöhe mit ihren drei etablierten Wettbewerbern. Das gilt übrigens auch für die finanzielle Ausstattung – mit das wichtigste Kriterium für politischen Erfolg – gehört Bestechung und Stimmenkauf doch zum alltäglichen politischen Geschäft wie Wahlkampfreden und Verhandlungsrunden. Es wäre naiv zu glauben, so etwas fände nur bei den großen, etablierten Parteien statt. Dies ist nicht der Fall, und die Tatsache, dass die neuen Parteien kaum Zeit hatten, nötige Gelder zu organisieren, lässt den zugegebenermaßen äußerst zynischen Schluss zu, dass es auch hier keine fairen und gleichwertigen Ausgangsbedingungen gibt.

■ Man muss befürchten, dass die Wahlen, das zeigt sich schon seit geraumer Zeit, nicht gewaltlos vonstatten gehen werden.

Auch muss man befürchten, dass die Wahlen, das zeigt sich schon seit geraumer Zeit, nicht gewaltlos vonstatten gehen werden. Es wurde zu Beginn schon darauf hingewiesen, dass in den letzten vier Jahren mehr als 10 000 Menschen ihr Leben lassen mussten, darunter auch viele bekannte politische Persönlichkeiten. Herausragendes Beispiel ist Bola Ige. Ige, ehemaliger Justizminister und Generalbundesanwalt in Personalunion, wurde am 23. Dezember 2001 erschossen. Schon bald schien sich herauszustellen, dass prominente politische Kreise involviert waren. Der stellvertretende Gouverneur von Osun State, Omisore, wurde angeklagt, die Mörder persönlich beauftragt und bezahlt zu haben. Auch ließen Gerüchte nicht ab, die Verstrickungen politischer Institutionen und Persönlichkeiten auf Bundesebene ausgemacht haben wollten. Freilich bewegte sich all das im Reich der Spekulation: Omisore ist aus Mangel an Beweisen wieder auf freiem Fuß, die einflussreichen Kreise auf

Bundesebene konnten bis heute nicht identifiziert werden. Die Suche nach den Mördern geht weiter, und was bleibt, ist bei vielen die Überzeugung, dass in weiten Teilen Nigerias Politik und Verbrechen eine unheilige Allianz eingegangen sind. Eine Überzeugung, die am 5. März dieses Jahres nochmals auf brutale Weise bestätigt wurde. An diesem Tag erschossen fünf Männer Chief Marshall Sokrari Harry. Harry war einer der umtriebigensten und bekanntesten Politiker Nigerias. Bis zum vergangenen Jahr stellvertretender Bundesvorsitzender der PDP, wechselte er dann zur ANPP, wo er bis zu seinem Tod das gleiche Amt innehatte. Außerdem war er als Bürger von Rivers State einer der Strippenzieher in den Verhandlungen zwischen dem Zentralsüden und der Zentralregierung. Die Hintergründe sind unklar, aber schon einen Tag nach dem Attentat bezichtigte die ANPP-Führung die PDP-geführte Regierung, in den Mord verwickelt zu sein. Diese beiden tragischen Fälle bilden nur die Spitze des Eisberges einer nahezu beispiellosen Welle politisch motivierter Gewalt. Politische Morde und Überfälle, Erpressung, Einschüchterung und Gewaltandrohung sind in Nigeria an der Tagesordnung. Das gilt vor allem für den Süden und Südosten des Landes, wo selbst der Konvoi des Präsidenten und der PDP-Elite kaum unbehelligt einen Tagungsort erreichen kann. Es steht zu befürchten, dass dieser schon jetzt besorgniserregende Zustand sich noch verschlimmern wird.

Ähnlich Besorgnis erregend kann die jetzt nicht mehr zu ändernde Ausgangssituation sein, mit der sich das Land der Wahl stellt. Ein Christ aus dem Süden und ein Moslem aus dem Norden stehen sich gegenüber. Egal wie die Wahl ausgehen wird, schon jetzt ist klar, dass die Verliererseite mit Betrugsanschuldigungen und Verleumdungen nicht geizen wird. So sind massenhafte gewalttätige Auseinandersetzungen auch eher für die Zeit nach den Wahlen zu erwarten als in deren Vorfeld. Gleichwohl bleibt berechtigterweise die Hoffnung, auch da das Militär wohl in den Kasernen bleiben wird – ein nicht zu unterschätzender Erfolg übrigens –, dass das Land und dessen Bürger glimpflich davonkommen und der 1999 eingeschlagene „pseudo“-demokratische Kurs fortgesetzt werden kann.

■ **Besorgnis erregend kann auch die jetzt nicht mehr zu ändernde Ausgangssituation sein, mit der sich das Land der Wahl stellt. Ein Christ aus dem Süden und ein Moslem aus dem Norden stehen sich gegenüber. Egal wie die Wahl ausgehen wird, schon jetzt ist klar, dass die Verliererseite mit Betrugsanschuldigungen und Verleumdungen nicht geizen wird.**